

zu TOP

Mainz, 26.08.2026

Anfrage 1403/2026 zur Sitzung am 09.09.2026 Einführung eines landesweit gültigen Schülertickets (FDP)

Die Mobilität junger Menschen ist eine Frage der Chancengerechtigkeit und der persönlichen Freiheit. Wer möchte, dass Schülerinnen und Schüler selbstständig am gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Leben teilnehmen können, muss ihnen auch die notwendige Mobilität ermöglichen.

Im Landtagswahlkampf 2026 hatte die CDU Rheinland-Pfalz angekündigt, allen Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden unabhängig von ihrem Wohnort ein vom Land finanziertes Deutschlandticket zur Verfügung zu stellen. Noch in der vergangenen Wahlperiode hatte die CDU-Landtagsfraktion selbst für eine entsprechende Ausweitung des Schülertickets geworben.

Am 20. August 2026 hat der rheinland-pfälzische Landtag einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen für ein entsprechendes Angebot abgelehnt. Auch die CDU stimmte gegen diesen Antrag. Zugleich wurde das im Wahlkampf angekündigte landesfinanzierte Deutschlandticket für Schülerinnen, Schüler und Auszubildende nicht in den Koalitionsvertrag von CDU und SPD aufgenommen.

Damit stellt sich für die Kommunen umso dringlicher die Frage, welche Perspektive es für eine einfache, gerechte und verlässliche Schülerbeförderung gibt. Es kann auf Dauer nicht überzeugen, wenn die Mobilitätsmöglichkeiten junger Menschen davon abhängen, in welchem Landkreis oder in welcher kreisfreien Stadt sie wohnen oder wie viele Kilometer ihr Wohnort von ihrer Schule entfernt liegt.

Um die Ungerechtigkeit der Teilhabe in Mainz auszugleichen, wurde das 365 Euro Schülerticket in Mainz eingeführt, von dem 3500 junge Menschen partizipieren.

Bereits im Haushalt 2026 war dieses Ticket von der Koalition nicht mehr aufgenommen worden und nur über Umwege konnte eine Finanzierung bis zum Jahresende gesichert werden, nachdem dies von der FDP-Fraktion moniert worden war. Hinsichtlich der Fortsetzung versprach die Koalition sich mit dem Land um eine Finanzierung zu bemühen.

Wir fragen an:

1. Was ist Stand der Gespräche mit dem Land zur Förderung des 356 Euro Tickets für Mainzer Schüler ab 2027?
2. Wenn es keine Kostenübernahme oder Förderbereitschaft des Landes gibt und die Kosten auch nicht aus dem Haushalt der Stadt Mainz ab 2027 getragen werden können, welche andere Finanzierungsmöglichkeit gibt es noch?
3. Wenn es keine positive Fortsetzungsprognose gibt, wann wurden die Betroffenen Schüler und Eltern darüber informiert?
4. Wie viele Schülerinnen und Schüler erhalten aufgrund der bestehenden Anspruchsvoraussetzungen derzeit kein finanziertes Schülerticket und haben die Möglichkeit auf ein 365 Euro Ticket?
5. Welche finanziellen Auswirkungen hätte die Fortsetzung für 2027 für den kommunalen Haushalt?

Susanne Glahn
Fraktionsvorsitzende